



Droht ein böses Erwachen?

Zu den aktuellen Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen zwischen Zentralamerika und der Europäischen Union.

Manuel Melzer¹
09/2008

Seitdem die WTO-Doharunde 2003 ins Stocken geraten ist, versucht die Europäische Union ihre wirtschaftlichen Interessen vermehrt über biregionale und bilaterale Verhandlungen zu verfolgen. Von Konzerninteressen geleitet, schmiedet die EU nun abseits von medialem Echo an Freihandelsabkommen, die weit über die multilateral vereinbarten Inhalte der WTO hinaus gehen sollen. Die zu erwarteten Folgen für die betroffene Bevölkerung sind zumeist dramatisch. Das Beispiel Zentralamerika stellt hier keine Ausnahme dar. Auf Grund der schwachen wirtschaftlichen und politischen Position der Landenge muss wohl eher mit noch weitergehenden Auswirkungen gerechnet werden. Gerade aus diesem Grund darf die kleine Region von zivilgesellschaftlichen und kritischen AkteuerInnen nicht vergessen werden.

Zur Einführung

Seit Oktober 2007 verhandeln die zentralamerikanischen Staaten Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und in Beobachterposition Panama mit dem Handelskommissariat der EU über den Abschluss eines Assoziationsabkommens zwischen den beiden Regionen. Ziel ist es, in den Bereichen politischer Dialog, Zusammenarbeit und Handel eine umfassende Kooperation zu erlangen. Die Breite dieses Abkommens soll die EU von den USA abgrenzen, die erst kürzlich reine Freihandelsabkommen mit den zentralamerikanischen Staaten abgeschlossen haben. Im Gegensatz dazu verspricht die EU mit großer Rhetorik, soziale und humane Aspekte in den Vordergrund zu stellen. Sie will sich als Helferin im Kampf gegen soziale Ungleichheiten, Armut und Umweltverschmutzung und als Förderin der Demokratisierung, der wirtschaftlichen Integration, der Produktivkapazitäten aber auch der nachhaltigen Entwicklung verstanden wissen. Bei genauerer Betrachtung der Hintergründe der Verhandlungen wird aber ein gänzlich anderes Bild sichtbar.

Ein Blick hinter die Kulissen – die Interessen der zentralen AkteurInnen

Trotz der guten Absichten, die die EU als Begründung für ihre Aktivitäten in Mittelamerika angibt, sind ihre ökonomischen Interessen nicht zu übersehen und können als die treibenden Kräfte hinter den Verhandlungen betrachtet werden. Bei einem Anteil von gerade einmal 0,3 % am Importvolumen und von 0,4 % an den Gesamtexporten der EU könnte man zwar davon ausgehen, dass Zentralamerika eine relativ uninteressante Wirtschaftsregion aus europäischer Sicht darstellt. Die große Vehemenz, mit der die EU die Verhandlungen mit den zentralamerikanischen Ländern betreibt, deutet jedoch darauf hin, dass es neben dem Handel noch andere ökonomische Gründe für das Interesse der EU gibt.

Den allgemeinen Rahmen stellt die im Jahre 2000 von EU-Regierungschefs beschlossene Lissabon-Strategie dar, deren Ziel es ist, die Europäische Union bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten Markt der Welt zu machen. 2006 veröffentlichte das EU-

¹ Manuel Melzer arbeitet als freier Mitarbeiter bei WEED. Er studiert Internationale Entwicklung und Volkswirtschaft in Wien.

Handelskommissariat die so genannte „Global Europe“ Strategie, die das weitere Vorgehen der EU in Außenhandelsfragen vorgibt. Parallel zu den – momentan stockenden – WTO Verhandlungen wird der Abschluss von bilateralen und biregionalen Freihandelsabkommen in diesem Dokument stark in den Vordergrund gestellt. Die angestrebten Ziele der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, der Generierung von Wirtschaftswachstum und der Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen verschleiern die in der Strategie innewohnenden Konzerninteressen nur geringfügig. So gilt es, neben der üblichen Forderung nach Zollsenkungen insbesondere die in der WTO von so genannten Entwicklungsländern massiv abgelehnten Singapur Themen Investitionen, Wettbewerb, öffentliche Beschaffung und Handelserleichterungen in die Freihandelsabkommen zu integrieren. Auch die Bereiche Dienstleistungen, geistiges Eigentum und nichttarifäre Handelshemmnisse sollen darin Platz finden. Einerseits könnten dadurch neue Märkte und Marktsektoren erschlossen werden, andererseits soll der Zugang auf bestehende Märkte gesichert werden, der durch Freihandelsabkommen anderer Wirtschaftsgroßmächte oftmals beeinträchtigt wird (vgl. Fuchs 2007; Europäische Kommission 2006).

Dies ist auch eine der großen Sorgen der EU in Bezug auf Zentralamerika, deren Staaten 2006/2007 ein Freihandelsabkommen mit den USA, das so genannte CAFTA, ratifiziert haben. EU-Unternehmen vor Ort (zumeist spanischer Herkunft) fürchten nun Nachteile bei Investitionsmöglichkeiten, Auftragsvergaben und Handel und möchten den USA hier keinesfalls das Feld überlassen. Wichtige Lobbyorganisationen der europäischen Wirtschaft wie etwa BusinessEurope oder das European Services Forum (ESF) drängen daher auf einen raschen Abschluss und fordern zumindest Parität mit dem CAFTA-Abkommen. Europäische Unternehmen und Investitionen sollen demnach gegenüber der US-amerikanischen Konkurrenz mindestens gleich behandelt werden. Als „Vorhof“ der USA ist Zentralamerika für europäische Unternehmen aber noch aus einem anderen Grund von besonderem Interesse. Denn von diesen Staaten aus ist der Zugang zum US-Markt dank der CAFTA-Regelungen wesentlich vereinfacht, die Region könnte also als ein weiteres Tor zum wichtigsten Wirtschaftspartner der EU dienen.

Zudem hat sich die EU bei ihren Verhandlungen mit den mittelamerikanischen Staaten im Gegensatz zu den USA für einen biregionalen und nicht bilateralen Ansatz entschieden. Verhandelt wird daher mit allen beteiligten Staaten über ein gemeinsames Abkommen. Hintergrund hierfür ist das Interesse an

der Schaffung größerer wirtschaftlicher Räume mit einheitlichen Regelungen, da wirtschaftliche Aktivität in Form von Investitionen und Handel in großen Binnenmärkten höhere Profite ermöglicht und wesentlich vereinfacht wird.

Ein Punkt, der bei der Frage nach den Interessen der EU an einem Assoziationsabkommen mit den Staaten Zentralamerikas nicht vergessen werden darf, ist die Aussicht auf ein Erfolgserlebnis im Rahmen der oftmals nur stockend voranschreitenden bilateralen und -regionalen Verhandlungen der EU, die dringend ein Vorzeigebispiel brauchen.

Für Zentralamerika sieht die Situation gänzlich anders aus. In der Region lebten im Jahr 2005 55% der 35 Millionen EinwohnerInnen in Armut, 23% in extremer Armut (vgl. CSACC-CCT-CES 2008). Das Bevölkerungswachstum war mit 2,3% für den Zeitraum zwischen 2000 und 2005 enorm hoch, etwa 43% der Gesamtbevölkerung waren unter 15 Jahre alt (vgl. Yllescas Altamirano/ Salinas Valle 2007). Die politische Situation weist einige demokratische Defizite auf. Korruption und Menschenrechtsverletzungen sind weit verbreitet. Auf Grund mangelnder finanzieller Mittel, fehlendem politischen Willen aber auch der Vorgaben internationaler Institutionen wie des internationalen Währungsfonds sind die Ausgaben für staatliche Sozialleistungen (mit Ausnahme Costa Ricas) sehr gering.

Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass die zentralamerikanischen RegierungsvertreterInnen den offiziellen Schwerpunkt der Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen mit der EU auf nachhaltige Entwicklung legen. Insgeheim hegen sie jedoch die Hoffnung auf wirtschaftliche Erfolge, um kurzfristig ihre Parteipolitik zu bewerben und in der Wählergunst zu steigen, indem durch Wirtschaftswachstum eine kurzfristige Zunahme der Arbeitsplätze erreicht wird. In einigen Fällen wird jedoch mit Sicherheit auch an den persönlichen Profit gedacht, denn die Politik in Zentralamerika bleibt laut Carlos Aguilar von der Hemispheric Social Alliance weiterhin eine Politik der Eliten, die sehr eng mit dem wirtschaftlichen Sektor verknüpft ist.

Weiters hoffen die zentralamerikanischen RegierungsvertreterInnen, durch das Abkommen eine Zunahme von ausländischen Direktinvestitionen, einen Zugang für wichtige Agrarprodukte zum europäischen Markt und einen Abbau der Abhängigkeit von den USA zu erlangen. Immerhin stellt die EU den drittgrößten Markt für Zentralamerika nach den USA und dem eigenen Binnenmarkt dar. Im Jahr 2004 gingen 13,4% der Exporte in die EU, während 9,7% der Importe aus dieser Region ka-

men, wobei Costa Rica hier den Löwenanteil stellt (vgl. AACUA 2007). Die Exportprodukte sind vor allem landwirtschaftlicher Natur, mit Kaffee, Bananen und Zucker aber auch Fisch und Meeresfrüchten als Vorreiter.

Ein weiterer wichtiger Punkt für die zentralamerikanischen Regierungen sind die konstanten Zahlungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit der EU und ihrer Mitgliedsstaaten, die die EU zum wichtigsten Geber für Zentralamerika machen. So bestimmt die Sorge vor Einschränkungen dieser Geldflüsse, aber auch die Hoffnung auf deren Ausweitung, die Motivation der regionalen PolitikerInnen, diese Verhandlungen zu führen.

Was war und was ist – ein kurzer Abriss der Verhandlungen

Die diplomatischen Beziehungen der beiden Regionen begannen erst in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts an Intensität zu gewinnen. Im Jahre 1984 wurde in der Hauptstadt Costa Ricas der Grundstein für den bis heute andauernden San José Prozess gelegt, dem zentralen Element des politischen Dialogs. Ausgangspunkt waren die bewaffneten Konflikte Zentralamerikas und deren dramatische soziale Auswirkungen, bei denen die EU mit Hilfe von Menschenrechts- und Demokratieprojekten zur Befriedung der Region beitragen und als Gegenpol zu den USA wahrgenommen werden wollte.

Begleitet wurde der politische Dialog von Beginn an von umfassenden Zahlungen der EU an Zentralamerika im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit. Fokussiert wurde zuerst auf oben genannte Befriedungsprojekte. Nachdem ein Ende der Konflikte zumindest auf Papier erlangt wurde, verlor die Region für die EU massiv an politischem Interesse. Die Gelder für Entwicklungszusammenarbeit blieben zwar weiterhin hoch, Ziel dieser Mittel wurde jedoch vermehrt die Katastrophenhilfe.

Anfang des 21. Jahrhunderts kam es zu einer erneuten Annäherung. Im Vordergrund standen nun vermehrt ökonomische Interessen, die durch die Verhandlungen der USA mit der zentralamerikanischen Region zu einem Freihandelsabkommen angeheizt wurden. 2003 wurden die Abkommen für politischen Dialog und Entwicklungszusammenarbeit mit dem Vertrag von Rom erneuert und am 12. Mai 2006 beschlossen die Regierungschefs beider Regionen den Beginn von Verhandlungen zu einem gemeinsamen Assoziationsabkommen.



Protest von Pestizitopfern auf Bananenplantagen in Nicaragua
Foto: Christliche Initiative Romero

Nur die Grundzüge des Verhandlungsmandats der EU, von dem „nicht einmal die EU-ParlamentarierInnen (...) zu sehen (bekommen), was der EU-Rat auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags beschlossen hat“ (Küppers 2008: 18), sind bekannt. So soll das Assoziationsabkommen aus den drei gleichwertigen und miteinander verwobenen Säulen politischer Dialog, (Entwicklungs-)zusammenarbeit und Handel bestehen, über die zwar zeitgleich, aber doch unabhängig voneinander verhandelt werden soll.

In diesem Sinne sind auch die Anforderungen der EU an die zentralamerikanische Region zu verstehen. So verlangt sie eindeutige Fortschritte bei der Vertiefung der regionalen Integration, einen institutionellen Rahmen, mit dem Zentralamerika als gemeinsamer Block verhandeln kann, eine Zollunion und den Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse im intraregionalen Handel (vgl. Köpke 2006: 23). Des Weiteren fordert die EU WTO-Konformität ein und erwartet sich von den VerhandlungspartnerInnen Unterstützung bei der aktuellen Doha-Entwicklungsrunde der Welthandelsorganisation.

Der aktuelle Stand

Die Verhandlungen zum Assoziationsabkommen begannen im Oktober 2007 in San José, der Hauptstadt Costa Ricas. Seitdem haben drei weitere Verhandlungsrunden stattgefunden, über die, trotz der von der EU angepriesenen Transparenz, nur wenig an die Öffentlichkeit gedrungen ist. Dieses Jahr wer-

den noch zwei weitere Runden stattfinden, mit dem Ziel, den Abschluss der Verhandlungen und die Ratifizierung des Abkommens noch im Jahr 2009 zu erreichen.

Im Bereich des politischen Dialogs wird zu umfassenden Themenbereichen verhandelt. Inhalt sind Demokratie und Menschenrechte, Rechtswesen und Sicherheit (bei der vor allem an den Kampf gegen den Terrorismus und an Migration zu denken ist), sozialer Zusammenhalt und soziale Entwicklung, Umwelt und Nachhaltigkeit, Wirtschaft und Entwicklung, regionale Integration und Vernetzung, Kultur und abschließend technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit (vgl. CHAAC 2008; AACUE). Ziel ist zudem eine verstärkte Partnerschaft in gemeinsamen außenpolitischen Themen. Die ursprüngliche Forderung der EU an die zentralamerikanischen Staaten, den internationalen Strafgerichtshof, das Kyoto-Protokoll und die zentralen Konventionen der internationalen Organisation für Arbeit (ILO) zu ratifizieren, wurde mittlerweile nach Widerstand vor allem aus El Salvador dahingehend aufgeweicht, dass sich die EU nun mit einer politischen Willensbekundung zufrieden gibt. Auf Grund dieser Tatsache und in Folge fehlender konkreter Sanktionsmöglichkeiten erscheint der Sektor des politischen Dialogs sehr zahnlos.

In der Verhandlungssäule der (Entwicklungs-)zusammenarbeit hat die Europäische Kommission mit dem regionalen Strategiepapier 2007-2013 für Zentralamerika die Gangart schon klar vorgelegt. Dessen Hauptziel ist "die Unterstützung des Prozesses der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Integration in Zusammenhang mit der Vorbereitung des zukünftigen Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Zentralamerika" (Europäische Kommission 2007: 23). Eine Fördersumme von 75 Millionen Euro über die gesamte Periode ist dafür veranschlagt. Sie verteilt sich auf die "Konsolidierung der Zollunion" mit 47 Millionen Euro, auf die "Stärkung des institutionellen Systems für die regionale Integration" mit 20 Millionen Euro und auf die "Stärkung der Governance und Sicherheit in der Region" mit 8 Millionen Euro (vgl. ebd.: 35). All diese Aspekte dienen ganz offensichtlich den wirtschaftlichen Interessen hinter dem Assoziierungsabkommen. Aus diesem Grund und vor allem wegen der befürchteten negativen Auswirkungen der Anpassungsprozesse auf die Bevölkerung Zentralamerikas fordern deren RegierungsvertreterInnen von der EU eine Änderung der regionalen Strategie und die Einrichtung eines Kooperationsfonds. Beide Ansuchen lehnt die EU jedoch strikt ab, wenngleich die Verhandlungen hierzu noch im Gange sind.

Im Bereich Wirtschaft und Handel gab es nach Abstastungen und Positionierungen in den ersten beiden Verhandlungsrunden die meiste Bewegung. Denn anders als bei den anderen beiden Verhandlungsbereichen besteht hier noch kein Abkommen. So galt es ab der dritten Runde für beide Regionen erste Zollsenkungsangebote im Rahmen der Handelsliberalisierung anzubieten. Dabei zeigten sich große Differenzen. Sieht die EU die dauerhafte Gewährung der Ende 2008 auslaufenden Regelungen unter dem Allgemeinen Präferenzsystem APS+ [siehe Kasten] als ausreichendes Angebot, um in dessen Gegenzug weitreichende Marktöffnung und CAFTA-Parität einfordern zu können, erachten die zentralamerikanischen Staaten die APS+ Regelung lediglich als Ausgangspunkt der Verhandlungen. Zudem weigert sich die EU weiterhin, die Zölle für Bananen und Zucker zu senken, um die eigene Produktion bzw. die der ehemaligen Kolonialstaaten zu schützen. Doch gerade bei diesen Gütern wäre Zentralamerika, im Gegensatz zu den meisten anderen Produkten, wirklich wirtschaftlich konkurrenzfähig. Problematisch ist auch die Tatsache, dass die EU nicht beabsichtigt, ihre Zölle für verarbeitete Produkte in großem Ausmaß zu senken, wodurch sie ihren Handelspartner quasi dazu drängt, sich weiterhin auf die Erzeugung und den Export von Rohstoffen zu konzentrieren und eine industrielle Diversifizierung erschwert.

APS

Das Allgemeine Präferenzsystem (General System of Preferences) ist das 1971 gegründete Zollpräferenzsystem der EU. Das APS wurde 2005 erneuert und begünstigt die von der EU ausgewählten Länder mit unterschiedlichen Zollvorteilen auf mehr als 7200 Produkte. APS+ gewährt Low Development Countries bestimmte Produkte zollfrei in die EU zu exportieren, wenn Drogenbekämpfungsmaßnahmen getroffen und Umwelt- und Sozialstandards nach internationalen Kriterien formal eingehalten werden. Die Vorteile des APS+ Systems werden von der EU einseitig und ohne vertragliche Bindung gewährt. Anfang 2009 erfolgt die Bestätigung und Neuauswahl der APS+ Länder, wodurch die EU auch ein massives Drohpotential in Händen hält (vgl. Köpke 2006).

Die weiteren Verhandlungsthemen zur wirtschaftlichen Säule sind sehr umfangreich. Im Bereich Dienstleistungen und Investitionen fordert die EU neben einer weitgehenden Öffnung die Schaffung eines sicheren, stabilen und für die Unternehmen transparenten ordnungspolitischen Rahmens, um Investitionssicherheit garantieren zu können. Von vordergründigem Interesse sind für die EU die Sektoren Telekommunikation, Energie, Umwelt (einschließlich Wasser), Tourismus und Finanzen. Aus

den Verhandlungen ausgenommen wurden die Bereiche Gesundheit und Bildung.

In den jeweiligen öffentlichen Beschaffungsregulierungen sollen in Zukunft die HandelspartnerInnen gleichwertig behandelt werden, wodurch sich ein breites Feld für europäische Investitionen eröffnen würde. Zur Rechtfertigung dient der EU die Feststellung, dass sie ihren enormen Sektor der öffentlichen Beschaffung, der 16% des europäischen Bruttoinlandsprodukts ausmacht, ebenfalls öffnen würde.

Das Abkommen soll Vereinbarungen zum geistigen Eigentum beinhalten, die weit über die WTO-Regelungen im Rahmen des TRIPS, des Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum, gehen. Es soll des Weiteren Maßnahmen zur Handelserleichterung bieten, den Umfang der Hilfsdienste der EU an Zentralamerika zur Beseitigung technischer Handelshemmnisse und Kapazitätenmängel festlegen, Regelungen zur Handelssicherung in Form von Antidumpingmaßnahmen formulieren, die Wettbewerbsordnung angleichen und einen Streitschlichtungsmechanismus präzisieren.

Die andere Seite der Medaille – Kritik und Gefahren

Trotz der positiven Medienkommentare der zentralamerikanischen PolitikerInnen über die Verhandlungen eines Assoziationsabkommens mit der EU hat sich in der Region breiter zivilgesellschaftlicher und auch universitärer Widerstand entwickelt. Die in diesem Rahmen angesprochenen Kritikpunkte sind so vielfältig wie die Bewegung. Dieser Pluralismus verhindert jedoch vielfach auch eine gemeinsame Position sowie gebündelte Proteste.

Die Verhandlungen – zu schnell und intransparent

Die Kritik beginnt schon beim Verhandlungsprozess an sich. Er ist zum Teil sehr intransparent und verläuft oft im Geheimen ab. Die fehlende Übersetzung der meisten vorhandenen Verhandlungsunterlagen auf Spanisch trägt ihren Teil dazu bei. Durch die oftmals sehr technischen Inhalte sind meist nur die eingesetzten ExpertInnen in der Lage, wirklich substantiell zu verhandeln. Die NGO „Honduranisch-zivilgesellschaftliche Koalition“ (CHAAC) zeigt auf, dass diese ExpertInnen vor allem aus der Privatwirtschaft kommen und vor allem die Vorzüge des Freihandels sehen (vgl. CHAAC: 3). Die sehr schnellen und unter dem Druck der EU statt-

findenden Verhandlungen missachten zudem die Komplexität des Prozesses. Für eine ausreichende Auseinandersetzung mit allen thematischen Teilaspekten wären wesentlich längere Zeitspannen zwischen den Verhandlungsterminen vonnöten. Um die möglichen Auswirkungen dieses Abkommens abschätzen zu können, hat die EU im April 2007 die Realisierung einer umfassenden Studie über die soziale und ökologische Nachhaltigkeit des Assoziierungsabkommens beschlossen. Aus Erfahrungen anderer Verhandlungen zeigt sich, dass diese Studien einerseits in ihrer Unabhängigkeit sehr fragwürdig und andererseits lediglich Alibimaßnahmen ohne Konsequenzen für die Verhandlungen sind. Trotz oder gerade wegen der offensichtlichen Nebensächlichkeit dieser Untersuchungen wurde bis heute noch nicht damit begonnen.

Der zwischen den beiden Regionen vereinbarte Austausch mit der Zivilgesellschaft wird durch die rasche Vorgehensweise erschwert, ein Fakt, der von einigen Beteiligten durchaus als positiv erachtet werden dürfte. Die zivilgesellschaftliche Vertretung ist aber auch aus anderen Gründen unzureichend. Als Gesprächspartner in diesem Bereich wird lediglich der beratende Ausschuss des zentralamerikanischen Integrationssystems (CC-SICA) anerkannt, der nur als mäßig repräsentativ betrachtet werden kann. Einerseits genießt er wenig Anerkennung von den etablierten Organisationen in der Region, andererseits ist die Zusammensetzung dieser Organisation eher einseitig. Sie schließt vor allem NGOs mit Wirtschaftsbezug und Gewerkschaften aber auch viele Gruppen der so genannten „parfümierten“ Zivilgesellschaft in Form von Lobbyorganisationen und regierungsnahen Stiftungen ein. Doch selbst dieser von extrem kritischen Stimmen bereinigte Ausschuss hat in den Verhandlungen nur die Rolle des Zuhörers, Informationsvermittlers und Bittstellers, der keinen wirklichen Einfluss ausüben kann.

Die kritischen Organisationen, die außen vor bleiben, konnten bis dato leider keine gemeinsame Position finden. Wird von einigen der sofortige Ausstieg aus den Verhandlungen gefordert, sehen andere durchaus eine Chance, mit Hilfe von einigen zusätzlichen Bestimmungen im Assoziationsabkommen doch noch Vorteile für die zentralamerikanische Bevölkerung zu erreichen.

Regionale Integration – aufgezwungen und einseitig

Die von der EU vehement eingeforderte regionale Integration stellt einen weiteren zentralen Kritikpunkt dar. Verlangt werden die Errichtung einer Zollunion,



Besetzung der Finca "El Auyon" in Guatemala
Foto: Christliche Initiative Romero

ein gemeinsamer Rahmen für wirtschaftliche Aktivitäten und Schutzmechanismen für Dienstleistungen und Investitionen. Das dahinterstehende ökonomische Interesse ist klar erkennbar. Die Anpassungsmaßnahmen sollen die Region zu einem interessanteren Markt für transnationale Konzerne mit Sitz in der EU machen. Begründet wird diese Forderung jedoch ganz anders: "The European Commission believes that the economic integration of the region as a whole (...) is a key factor in the development of the productive sectors and the emergence of a genuine regional market capable, in the long term, of responding to the competition resulting from a free trade agreement with the EU" (Europäische Kommission 2005: 11).

Die EU missachtet dabei, dass die zentralamerikanischen Staaten in ökonomischer, sozialer, institutioneller, infrastruktureller und politischer Hinsicht massive Unterschiede aufweisen, die keinesfalls durch von außen aufgedrängte Maßnahmen anzugleichen sind. Diese Unterschiede zeigen sich schon in der Tatsache, dass es nicht gelungen ist, für die Verhandlungen eine gemeinsame Repräsentation einzurichten, die durch den Gesamtvertretungsanspruch auch mehr Einfluss haben würde. Costa Rica, als wirtschaftlich stärkster Akteur, will seine privilegierte Position in den Gesprächen mit der EU jedoch behalten. Einige Stimmen fürchten in Bezug darauf auch, dass – sollten die Verhandlungen nicht nach Wunsch verlaufen – die bilaterale Option wieder auf den Tisch kommen würde. Weitere zwischenstaatliche Abkommen nach den CAFTA Vereinbarungen mit den USA würden eine reale regionale Integration enorm erschweren. Das 1993 von den Staaten Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama ratifizierte

„zentralamerikanische Integrationssystem“ (SICA) und die in dessen Rahmen geschaffenen Institutionen des mittelamerikanischen Parlaments und des gemeinsamen Gerichtshofes stehen vor dem Problem, nur über eine sehr geringe Legitimation zu verfügen. Ursachen dafür sind einerseits historisch gewachsene Konflikte sowie Grenzstreitigkeiten zwischen einigen Ländern, andererseits der geringe politische und ökonomische Wille zur

regionalen Integration, der sich in der minimalen finanziellen Ausstattung von SICA manifestiert.

Auch wenn in manchen Fällen positive Auswirkungen des biregionalen Ansatzes der EU für Mittelamerika zu sehen sind, wie etwa die beigelegten Grenzstreitigkeiten zwischen Honduras und Nicaragua über die atlantische Küste, so bleibt doch die zivilgesellschaftliche Forderung nach einer umfassenderen, langsameren und selbstgesteuerten regionalen Integration aufrecht.

Zwei unterschiedliche Partner

Die Betrachtung der europäischen Angebote und Forderungen im Rahmen der Verhandlungen zeigt auch, dass die EU das Problem der Asymmetrien zwischen den beiden Regionen – vermutlich mit Absicht – vernachlässigt.

Der zum Teil nur geringfügig entwickelte Industrie- und Dienstleistungssektor Zentralamerikas, die mangelhaften Produktionsketten, die fehlende Finanzstruktur um ausreichende Investitionskredite zur Verfügung zu stellen, der fehlende Wille einen gemeinsamen Markt zu schaffen, die Konzentration auf den Export von Agrarprodukten, die Gefahr europäische Qualitätsstandards nicht erfüllen zu können und die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit im Allgemeinen brächten die mittelamerikanischen Märkte und Bevölkerung nach Abschluss eines Freihandelskommens mit der EU massiv unter Druck (vgl. Yllescas Altamirano/ Salinas Valle 2007). Daher wird von zivilgesellschaftlicher Seite gefordert, dass die EU diese Asymmetrien anerkennt, längere Übergangsfristen gewährt, nicht auf Reziprozität pocht sondern eigene Anpassungsfonds einrichtet und einen verstärkten Technologietransfer initiiert. Bei Unternehmen soll sie auf Gleichbehandlung

Die Bananenfrage

Die Europäische Union ist als Abnehmer eines Drittels aller weltweit gehandelten Bananen neben den USA der wichtigste Markt für ProduzentInnen. Anders als die Vereinigten Staaten beharrt die EU jedoch weiterhin darauf, ihren Markt zu schützen. Bananen aus heimischer Produktion (von den Kanarischen Inseln bis nach Zypern), die immerhin ein Sechstel des EU-Konsums decken, und auch die Einfuhren aus den ehemaligen Kolonien (den heutigen AKP-Staaten) können mit den in Massenproduktion erzeugten Bananen aus Lateinamerika preislich nicht mithalten. Daher hat die EU schon früh begonnen, Sonderregelungen für die Produzentenstaaten aus der AKP-Region (16 Länder) und Subventionen für die eigene Produktion zu etablieren. Schon zu Zeiten des GATT war diese Politik Ursache für einige Klagen und auch nach der WTO-Gründung dauerte der Konflikt an. Ankläger waren die lateinamerikanischen Produzenten, allen voran Ecuador, aber auch die USA, deren transnationale Konzerne über 60% des Bananenhandels des südlichen Nachbarkontinents kontrollieren. Durch sehr vorteilhafte Regelungen konnte die EU die Kläger (vorerst) besänftigen. Dennoch erhebt sie weiterhin 176 Euro auf jede Tonne Bananen, die nicht aus Regionen mit Sondervereinbarungen stammen. Der europäische Markt bietet somit weiterhin enormes Potential für lateinamerikanische Produzenten. Das Thema ist noch lange nicht vom Tisch der WTO (vgl. Banana Link).

NGOs wie Banana Link und EUROBAN, die sich intensiv mit dem Bananenhandel auseinandersetzen, weisen auf einige Probleme hin, die eine vollständige Liberalisierung in diesem Bereich mit sich bringen würde. Neben den massiven Einkommenseinbußen für die ProduzentInnen in den AKP-Staaten würde vor allem das „race to the bottom“ in Sozial- und Umweltfragen an Geschwindigkeit zunehmen, eine Folge des massiv zunehmenden Preisdruckes. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen fordern daher die Einführung von gestaffelten Zöllen, die nach ökologischen und sozialen Standards produzierten Bananen eindeutige Zollvorteile gewähren würden und so den für die betroffenen ArbeiterInnen sehr negativen Prozess umkehren könnten (vgl. ebd., vgl. Parker / Harrison).

Für die aktuellen Verhandlungen zwischen der EU und Zentralamerika ist jedoch noch ein anderer Punkt zu berücksichtigen. Laut Rudi Pfeifer von Banafair nutzt die EU die Aussicht von Zollreduktionen bei Bananen für lateinamerikanische Staaten als Faustpfand in den WTO Verhandlungen. Solange diese weiter andauern, sei von der EU daher nicht zu erwarten, Lateinamerika in der Frage der Bananenzölle entgegenzukommen. Die ausweichenden Reaktionen der Zuständigen des deutschen Bundesministeriums für Wirtschaft auf eine Anfrage zu diesem Thema widerlegen diese These jedenfalls nicht.

verzichten und stattdessen einer speziellen und differenzierenden Behandlung zustimmen, die nationalen Unternehmen Vorteile einräumen und Ausnahmeregelungen ermöglichen würde.

Die Landwirtschaft – zwischen Monokulturen und Agrosprit

Ein Sektor, der massiv von einer Handelsliberalisierung getroffen werden würde, ist die Landwirtschaft. Die schon jetzt durch die starke Fokussierung auf einige wenige Agrarprodukte sehr hohe Nachfrage nach Land übt starken Druck auf die regionale Produktion von Grundnahrungsmitteln aus, die immer weiter in Nischengebiete ausweichen muss. Auch die verstärkte Nachfrage der EU nach Biotreibstoffen spielt hier eine wichtige Rolle. Zudem ist eine Überflutung der mittelamerikanischen Märkte mit massiv subventionierten Nahrungsmitteln aus der EU zu erwarten. Dadurch wird die Ernährungssouveränität aus der Hand gegeben und eine Zunahme des Hungers riskiert, wird die Umwelt dieser Staaten weiter strapaziert und werden viele LandwirtInnen und KleinunternehmerInnen ihre Arbeit verlieren und sich als Niedrigstlohnkräfte in städtischen Ballungsräumen oder im Ausland versuchen müssen.

Auch die erhofften Vorteile stehen unter einem schlechten Stern. Der von der EU gewährte zollfreie

Zugang für über 7200 Produkte im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems APS+ beinhaltet, wie schon erwähnt, jene Agrarprodukte nicht, die für Zentralamerika von hohem Interesse sind. Das sind vor allem Bananen, bei denen die EU die eigene Produktion und die ihrer ehemaligen afrikanischen Kolonien schützen will [siehe Kasten], und Zucker, der noch heute unter hohen Subventionen aus europäischen Zuckerrüben gewonnen wird.

Auf der anderen Seite bedeutet die geforderte Marktöffnung massive Konkurrenz bei zentralen landwirtschaftlichen Produkten. Am härtesten getroffen wird der mittelamerikanische Markt vermutlich mit importierten Milchprodukten, Schweinefleisch und bestimmten Gemüsesorten wie Kartoffeln, Zwiebel und Mais aus der EU. Vor allem Mais stellt neben Bohnen die Hauptnahrungsquelle der Region dar und ist daher für die Bevölkerung von besonderer Bedeutung (vgl. Aguilar Sánchez 2007).

Viele zentralamerikanische ProduzentInnen werden nicht in der Lage sein, die hohen technischen und sanitären Anforderungen der EU (von der WTO als nichttarifäre Handelshemmnisse bezeichnet) zu erfüllen und kommen dadurch ohne teure (aber sicherlich oft nötige) Anpassungsmaßnahmen nicht in den Genuss offener europäischer Märkte.

Zollfreiheit besteht ferner meist nur für unverarbeitete Rohstoffe, wie es zum Beispiel bei Kaffee der Fall ist. Sobald diese Güter jedoch vor dem Export weiterverarbeitet werden, steigen die Zölle massiv. Eine Diversifizierung der Wirtschaft wird dadurch stark erschwert. Die Konzentration auf Rohstoffe macht die zentralamerikanische Wirtschaft zudem sehr anfällig für Schwankungen der Weltmarktpreise, welche wiederum verstärkt von SpekulantInnen beeinflusst werden.

Gefordert werden daher von zivilgesellschaftlicher Seite klare Maßnahmen, die die Ernährungssicherheit der Bevölkerung gewährleisten, die Umwelt schützen aber auch die zu erwartenden negativen sozialen Effekte abfedern.

Die neuen EU Wirtschaftsinteressen – Singapur und darüber hinaus

Als neuer großer Markt wurde von der EU die öffentliche Beschaffung entdeckt. Durch die Effizienzsteigerungen im Rahmen des langjährigen europäischen Wettbewerbs haben die AnbieterInnen aus der EU einen klaren Vorteil gegenüber den meisten zentralamerikanischen Betrieben in diesem Sektor. Sollte die öffentliche Beschaffung nun tatsächlich freigegeben werden, drohen lokalen AnbieterInnen massive Einbußen und den Regierungen der Region eine massive Reduktion ihrer wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten in ökonomischen Krisenzeiten.

Nach Meinung von Yllescas Altamirano und Salinas Valle wird die weitere Sicherung und Erleichterung von Investitionen den Einfluss europäischer Konzerne noch vergrößern. Hauptziel ist es, schon getätigte Investitionen gegen die US-amerikanische Konkurrenz zu schützen bzw. ihnen keine Nachteile entstehen zu lassen. Mit umfassenden neuen Investitionen darf nicht gerechnet werden. Vermehrt wird es zu Übernahmen schon bestehender Unternehmen vor allem im Dienstleistungssektor kommen, wodurch keine großen Impulse für die Wirtschaft zu erwarten sind. Realistischer ist eher eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit im Rahmen von Rationalisierungsprozessen. Der erwirtschaftete Gewinn wird die jeweiligen Länder wohl in Richtung EU verlassen. Im Finanzsektor ist damit zu rechnen, dass Kredite für Klein- und Mittelbetriebe immer schwerer zu erlangen sein werden, wodurch das Wirtschaften in diesem Segment weiter erschwert wird. So bleiben neben dem erhofften Technologietransfer wenige positive Effekte für die Region zu erwarten (vgl. Yllescas Altamirano/ Salinas Valle 2007).

Am stärksten werden die Auswirkungen im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen von der Bevölkerung zu spüren sein. Zwar sind die Bereiche Bildung und Gesundheit (noch) von den Verhandlungen ausgenommen, aber die Wasser- und Energieversorgung sind ein Teil davon. Werden diese Bereiche nach rein betriebswirtschaftlichem Kalkül betrieben, müssen viele Teile der Region mit einer Verknappung und Verteuerung des Wassers und der Energie rechnen, wovon vor allem die ärmsten und marginalisierten Gruppen betroffen wären. Zudem ist damit zu rechnen, dass die mittelamerikanischen Staaten ihre Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen senken, da ihnen durch verminderte Zollsätze umfassende Staatseinnahmen verloren gehen werden.

Der geforderte Schutz des geistigen Eigentums wird die Versorgung mit kostengünstigen Medikamenten erschweren, viele im informellen Sektor tätige Personen der verschärften polizeilichen Kontrolle aussetzen, die Abhängigkeit von genetisch verändertem Saatgut transnationaler Konzerne vermehren, traditionelles Wissen in Gefahr bringen und Biopiraterie wesentlich vereinfachen (vgl. Aguilar Sánchez 2007).

Die Auswirkungen am Beispiel der Frauen

Frauen – vor allem Frauen aus den unteren Einkommenschichten – sind neben der indigenen Bevölkerung und illegalen MigrantInnen die durch das Abkommen am meisten gefährdete Gruppe. Schon jetzt sind sie in Zentralamerika vielfältig benachteiligt, ihr Einkommen beträgt durchschnittlich nur 70% des Einkommens von Männern. Kommt das Assoziierungsabkommen zustande, werden Frauen den Großteil der anfallenden Kompensationsarbeit übernehmen müssen. Verantwortlich für diese Zusatzbelastung werden vor allem schlechtere staatliche Dienstleistungen als Folge von Privatisierung und verminderten Staatsausgaben sein, geringeres Einkommen als Folge vermehrter Arbeitslosigkeit und die erschwerte Nahrungsversorgung als Folge vermehrter Nutzung des Landes für die Exportproduktion. Arbeitsplatzverluste werden Frauen zuerst treffen und viele davon in den informellen Sektor oder in Maquilas treiben, in denen die Arbeitsbedingungen sehr schlecht sind. Verminderte Chancen am Arbeitsmarkt werden vor allem Männer – und damit auch viele Ehemänner und Familienväter – zur Emigration ins Ausland zwingen, wodurch viele Mütter zu Alleinerzieherinnen werden. Durch diese massiven Mehrbelastungen werden auch immer mehr Kinder – vor allem Mädchen – nicht mehr die Möglichkeit bekommen, eine volle Schulausbildung

zu genießen, da ihre Arbeitskraft im Haushalt benötigt wird. Auch wird es weniger Frauen möglich sein, politisch aktiv zu werden, um auf die vielen Missstände hinzuweisen. Politische Erfolge werden vor diesem Hintergrund noch schwerer zu erreichen sein (vgl. Yllescas Altamirano / Salinas Valle 2007).

NGOs fordern daher, dass im Assoziationsabkommen spezifischer Bezug auf Genderthematiken genommen wird. Genaue Studien sollen geschlechtsspezifische Auswirkungen des Überkommens prüfen, Frauen und Frauenbewegungen sollen verstärkt in die Verhandlungen einbezogen, Gleichberechtigung und soziale Rechte fix verankert und ein eigener Fördertopf eingerichtet werden. Einige Stimmen fordern ein Moratorium der Verhandlungen, bis eine reale soziale, politische und ökonomische Integration der Region gelungen ist (vgl. ebd., Friedrich Ebert Stiftung 2007).

Die Gewerkschaftsposition – ein anderer Blickpunkt

Einige gewerkschaftliche Organisationen in Zentralamerika sehen die Chance, viele der oben angeführten Probleme mit der Aufnahme eines umfassenden Sozialkapitels in das Assoziationsabkommen lösen zu können. Vorreiterinnen dieser Position sind die zentralamerikanische Konföderation der ArbeiterInnen (CCT) und die gewerkschaftliche Koordinationsstelle für Zentralamerika und die Karibik (CSACC).

Als oberste Ziele sollen ihrer Meinung nach das menschliche Wohlergehen und eine nachhaltige und effektive Entwicklung stehen. In einem alle drei Verhandlungsbereiche umfassenden Prozess der regionalen Integration sollen zivile, politische, ökonomische, soziale und kulturelle Menschenrechte etabliert und wirkungsvolle Mechanismen zu deren Kontrolle eingerichtet werden. Maßnahmen zur Bekämpfung der aktuell vorherrschenden Ungleichheit und Armut in der Bevölkerung müssen ergriffen, das Wirtschaftssystem sozialer gestaltet und Umweltschutzbestimmungen getroffen werden. Als gewerkschaftlich logischer Hauptpunkt können die Vorschläge für den Arbeitssektor gelten.

Neben der Übernahme sämtlicher ILO-Konventionen soll im Arbeitsrecht fix verankert werden, dass Kinder- und Zwangsarbeit verboten sind, dass Geschlechtergerechtigkeit verpflichtend und die Arbeitszeit auf maximal 48 Stunden pro Woche beschränkt ist. Die Organisationen fordern zudem umfassenden Schutz gewerkschaftlicher Freihei-



Demonstration für Gesundheit am Arbeitsplatz von der Frauenorganisation MEC in Nicaragua
Foto: Christliche Initiative Romero

ten, eine Ausweitung des sozialen Sicherungssystems und eine gesetzliche Beschränkung von atypischen Arbeitsverträgen. Eine überregionale Institution zu Arbeitsfragen soll unter Einbindung der Zivilgesellschaft die Umsetzung und Einhaltung des Konzepts der menschenwürdigen Arbeit ermöglichen und überwachen. Um ihre Vorschläge konkret in die Verhandlungen einbringen zu können, verlangen die gewerkschaftlichen Organisationen ein wesentlich erweitertes zivilgesellschaftliches Mandat mit Mitentscheidungsmöglichkeiten im Rahmen der Gespräche zwischen den beiden Regionen (vgl. CSACC-CCT-CES 2008).

Es geht auch anders – ein Beispiel aus Südamerika

Dass Verhandlungen einer lateinamerikanischen Region mit der EU auch ganz anders verlaufen können, zeigt das Beispiel der Andengemeinschaft (CAN), die aus den Staaten Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Peru besteht. Die Vereinbarung über Gespräche zu einem gemeinsamen Assoziationsabkommen wurde genau wie im Fall Zentralamerikas beim EU-Lateinamerikagipfel in Wien im Jahr 2006 getroffen und beinhaltet ebenso die Elemente politischer Dialog, Kooperation und Handel. Anders als im mittelamerikanischen Fall wurden die Verhandlungen aber von Anfang an von lateinamerikanischer Seite vehementer geführt, was in die Absage der vierten Verhandlungsrunde von Seiten der EU mündete. Offiziell wurde dieser Schritt mit den – real existenten – Zerwürfnissen innerhalb der CAN begründet. So sind die beiden neoliberal-konservativen Staaten Peru und Kolumbien und die linksgerichteten und sozialstaatlich orientierten Länder Bolivien und Ecuador in vielen Fällen nicht in der Lage, eine gemeinsame Position zu finden. Viel wichtiger für das Scheitern ist jedoch die Tatsa-

che, dass sich die Vorstellungen Boliviens zu einem Assoziationsabkommen massiv von jenen der EU unterscheiden. So hat die Regierung Evo Morales schon im Jahr 2006 auf dem PräsidentInnen Gipfel der Andengemeinschaft ein Papier vorgelegt, das ihre Interessen darstellt. Bis heute werden sie von Bolivien und Ecuador in den Gesprächen mit der Europäischen Union verfolgt.

In dem Papier wird gefordert, dass ein Abkommen darauf abzielen müsse, Lösungen für Probleme wie Migration, Drogenhandel, Umweltverschmutzung, Armut und Arbeitslosigkeit zu finden. Hauptbegünstigte des Abkommens müssten die Völker, der Mensch und die Natur sein und keinesfalls transnationale Konzerne. Der politische Dialog müsse auf gleicher Augenhöhe stattfinden, die Kooperation dürfe nicht an Konditionen geknüpft sein und müsse die Weiterentwicklung der Wirtschaft, die Förderung der natürlichen Ressourcen, die Entwicklung der Infrastruktur, den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und den Abbau der Auslandsverschuldung unterstützen. Zu dem durch die neue EU-Rückführungsrichtlinie wieder brandaktuellen Thema der Migration fordert Bolivien eine strategische Allianz, die sich der Bekämpfung der strukturellen Probleme von Arbeitslosigkeit und Armut vieler lateinamerikanischer MigrantInnen widmen solle. Handelsregeln könnten nicht für beide Seiten gleich sein, solange eine strukturelle Ungleichheit bestünde und die EU ihre Agrarprodukte subventioniere. So sollte die EU ihre Zölle für sämtliche Produkte aus der Andengemeinschaft auf null senken und die nichttarifären Handelshemmnisse in Form von technischen und sanitären Regelungen reduzieren. Die Landwirtschaft sei als besonders sensibler Sektor anzuerkennen, da von ihr die Ernährung vieler Millionen Menschen abhängt. Es müsse möglich bleiben, Binnenmärkte zu schützen und Anreize für nationale ProduzentInnen zu schaffen. Nachhaltige Investitionen sollten sich in der Förderung des Technologietransfers, in der Nutzung regionaler Strukturen und Rohstoffe, in der Beschäftigung nationaler Arbeitskräfte und durch den Respekt der Umwelt- und Arbeitsgesetzgebung manifestieren. Im Rahmen des Schutzes des geistigen Eigentums sei der Zugang zu generischen Medikamenten zu gewährleisten, die Patentierung von Pflanzen, Saatgut, Tieren und Mikroorganismen zu verbieten und das traditionelle Wissen der indigenen Bevölkerung zu schützen. Auf Ebene der Dienstleistungen müsse das Assoziationsabkommen die regulierende und steuernde Kraft des Staates aber auch die öffentlichen Dienstleistungen allgemein stärken. Abschließend seien die Prozesse der Integration so zu gestalten, dass die kommerziellen Aspekte den Entwicklungsbe-

dürfnissen mit Souveränität und Identität jeder einzelner der Andennationen und Völker untergeordnet werden (vgl. Fuchs 2007, Propuesta de Bolivia 2006).

Es wird der komplett unterschiedliche Ansatz der Regierung Evo Morales deutlich, für den zu hoffen bleibt, dass er in weiteren Verhandlungen (die von Bolivien und der CAN klar gewünscht werden) nicht dem Druck der EU zum Opfer fällt.

Zum Schluss – ein kleines Fazit

In den Verhandlungen zwischen der Region Zentralamerika und der EU zeigt sich eine bedrohliche Situation. Für die EU ist die Region politisch nicht sehr interessant, doch die schon in der Region tätigen EU-Konzerne pochen auf ein Freihandelsabkommen, um gegenüber den US-Unternehmen nicht an Handlungsmöglichkeiten zu verlieren. Zudem könnte ein schnell erreichtes und umfangreiches Abkommen der EU als Erfolgserlebnis und als Vorzeigeprojekt für andere, komplexere Verhandlungen dienen. Sie betreibt die Gespräche daher mit enormer Geschwindigkeit und massivem Druck, dem von mittelamerikanischer Seite nur wenig entgegengesetzt wird. Denn hier sitzen AkteurInnen an den Schalthebeln, die sich durch dieses Abkommen kurzfristige politische aber auch finanzielle Erfolge erhoffen.

Die zentralamerikanische Zivilgesellschaft ist gespalten und vielfach noch mit den Nachwehen der Proteste zum CAFTA-Freihandelsabkommen mit den USA beschäftigt. Laut Torge Löding, der als Journalist für das unabhängige Kommunikationszentrum Voces Nuestras in Costa Rica tätig ist, beschränkt sich die aktive Protestbewegung derzeit vor allem auf linke Intellektuelle aus NGOs, einige KleinbäuerInnenverbände und Umweltorganisationen. Die Gewerkschaften nehmen zwar eine kritische Position ein, mobilisieren die Bevölkerung jedoch nicht. Zudem ist Kritik an der EU schwer an die Bevölkerung zu vermitteln, da sie im Gegensatz zu den USA noch zu keinem Feindbild geworden ist. Für einen Umschwung in den Verhandlungen ist das zu wenig.

Wird das Assoziationsabkommen in der geplanten Form 2009 ratifiziert, wird es, vor allem durch den Abschluss eines Freihandelsabkommens, massive negative Auswirkungen auf die armen und ärmsten Bevölkerungsschichten Zentralamerikas haben.

Zur weiteren Lektüre – Literatur und Links

- AACUE – Acuerdo de Asociación entre Centroamérica y la Unión Europea (2007)** Estructura de negociación y coordinación del Acuerdo de Asociación Centroamérica-Unión Europea. Download unter: http://www.aacue.go.cr/informacion/estructura/estructura_negociacion.pdf
- ACCUE im Internet:** <http://www.aacue.go.cr/>
- Aguilar Sánchez, Carlos Gmo. (2007)** Posibles sectores perdedores en la Región Centroamericana y Panamá, de las negociaciones de un Acuerdo de Asociación con la Unión Europea (AdA). Herausgeber: CIFCA - Iniciativa de Copenhague para América Central y México. Download unter: http://www.cifca.org/Estudio%20CIFCA_Sectores%20Perdedores%20AdA-COMPLETO4.pdf
- Banana Link im Internet:** <http://www.bananalink.org.uk>
- Business Europe im Internet:** <http://www.businesseurope.eu>
- CHAAC – Coalición Hundureña de Accion Ciudadana (2008)** Situación actual de las Negociaciones. Acuerdo de Asociación Unión Europea – Centro América. Download unter: <http://www.observatorioca-ue.com/html/posiciones/anexos/CHAAC200805.pdf>
- CSACC-CCT-CES (2008)** Propuesta de Capítulo Social para un Acuerdo de Asociación entre Centroamérica y la Unión Europea. Download unter: <http://www.observatorioca-ue.com/html/noticias/CAPITULOSOCSSACCCT-CES.pdf>
- EU-Handelsministerium im Internet:** <http://ec.europa.eu/trade/>
- Europäische Kommission (2005)** A stronger partnership between the European Union and Latin America. Download unter: http://ec.europa.eu/external_relations/la/docs/com05_636_en.pdf
- Europäische Kommission (2006)** Global Europe. Competing in the world. Download unter: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/october/tradoc_130376.pdf
- Europäische Kommission (2007)** Zentralamerika. Regionales Strategiepapier 2007 – 2013. Download unter: http://ec.europa.eu/external_relations/ca/rsp/07_13_de.pdf
- European Services Forum im Internet:** <http://www.esf.be/>
- Friedrich Ebert Stiftung (2007)** Agenda de las Mujeres Sindicalistas Nicaragüenses en el marco del Acuerdo de Asociación CA – UE.
- Fuchs, Peter (2007)** Global Europe – Die neue EU-Handelspolitik im Wahn der Wettbewerbsfähigkeit. Ein Diskussionspapier aus der AG Handel im Forum Umwelt & Entwicklung. Download unter: http://www.forum-ue.de/fileadmin/userupload/publikationen/aghan_2007_globaleurope.pdf
- Köpke, Ronald (2006)** Implikationen der Handelsvereinbarungen der EU mit Zentralamerika und den Andenländern. Herausgeber: FDCL - Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika. Download unter: <http://fdcl-berlin.de/fileadmin/fdcl/Publikationen/FDCL-EU-SIECA-CAN-200612.pdf>
- Küppers, Gaby (2008)** Der Hase und der Igel. In: ILA 314 April: EU und Lateinamerika.
- Observatorio CA-UE – Observatorio para el Acuerdo de Asociación entre Centro América y la Unión Europea im Internet:** <http://www.observatorioca-ue.com/>
- Parker, Liz / Harrison, James (2004)** Differentiating Tariffs According to Social, Environmental and/or Economic Criteria. Download unter: <http://www.abc2.org/images/stories/Differentiated%20tariffs.pdf>
- Propuesta de Bolivia (2006)** Bases para un Acuerdo de Asociación CAN-UE en beneficio de los pueblos. Im Internet unter: <http://www.bolpress.com/art.php?Cod=2006061413> (Stand 09.09.2008)
- Yllescas Altamirano, Martha / Salinas Valle, Guadalupe (2007)** The Association Agreement between the European Union and Central America: Its potential impact on women's lives in Central America. Herausgeber: CAWN – Central American Women's Network. Download unter: <http://www.cawn.org/publications/documentation/research/FINAL-ENGLISH-AA-Report.pdf>

Kontakt

WEED informiert auf den Sonderseiten „Global Europe konkret“ im Internet unter: <http://www.weed-online.org/globaleurope> über die neue handels- und investitionspolitische Strategie ‚Global Europe‘ der EU und ihre bilateralen Freihandelsabkommen.

Auch der regelmäßig erscheinende und kostenlose „Global Europe konkret“ Newsletter kann dort abonniert werden.

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung
World Economy, Ecology & Development
Eldenaer Str. 60
10247 Berlin

Tel.: +49 - (0)30 - 275 82 163
Fax: +49 - (0)30 - 275 96 928
e-mail: peter.fuchs@weed-online.org

Gefördert von der InWEnt gGmbH aus Mitteln des BMZ.